Gemeinde Waldburg

Landkreis Ravensburg

Bebauungsplan

„Mittelberg II – 1. Teilaufhebung“ und

19. Teiländerung des Flächennutzungsplans 2030

Erläuterung der allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung

Stand: 17.08.2026

Inhaltsverzeichnis

1. Anlass und Erfordernis 3
2. Ziele und Zwecke der Planung 3
3. Voraussichtliche Auswirkungen 4
4. Teiländerung des Flächennutzungsplans im Parallelverfahren 4

Verfasser:

ZI Planwerkstatt GmbH
Am Langholz 12
88289 Waldburg
www.zi-plan.de

1. ANLASS UND ERFORDERNIS

Die Gemeinde Waldburg ist aufgrund weniger und teilweise unzureichend ausgebauter Mobilfunkstandorte sowie ihrer topografischen Lage in Teilen des Gemeindegebiets nur eingeschränkt mit Mobilfunk versorgt. Die bestehende Mobilfunkanlage im Kernort muss nach den vorliegenden Angaben zum 31.12.2026 außer Betrieb genommen werden. Ohne einen geeigneten Ersatzstandort ist ab dem 01.01.2027 mit einer weiteren Verschlechterung der Mobilfunkversorgung zu rechnen.
Nach einer mehrjährigen Standortsuche wurde eine gemeindeeigene Fläche im Bereich Mittelberg II als möglicher Standort für eine Mobilfunkanlage untersucht. Der rechtskräftige Bebauungsplan „Mittelberg II“ vom 13.03.1980 setzt im betreffenden Bereich eine öffentliche Grünfläche mit den Zweckbestimmungen „Parkanlage“ und teilweise „Spielplatz“ fest. Tatsächlich wird die von der Teilaufhebung erfasste Fläche überwiegend landwirtschaftlich genutzt; der bestehende Spielplatz soll von der Teilaufhebung ausgenommen bleiben.
Die bestehenden planungsrechtlichen Festsetzungen entsprechen damit in wesentlichen Teilen nicht den tatsächlichen örtlichen Verhältnissen und stehen einer weiteren Prüfung des Standorts für eine Mobilfunkanlage entgegen. Alternative Standorte und Übergangslösungen wurden beziehungsweise werden geprüft. Die bisher betrachteten Möglichkeiten sind jedoch insbesondere aufgrund topografischer, naturschutzrechtlicher, denkmalschutzrechtlicher, eigentumsrechtlicher oder versorgungstechnischer Anforderungen mit erheblichen Unsicherheiten verbunden.
Zur Anpassung der planungsrechtlichen Situation an die tatsächliche Nutzung und zur ergebnisoffenen Klärung der weiteren Nutzungsmöglichkeiten hat der Gemeinderat der Gemeinde Waldburg am 23.07.2026 die Aufstellung des Bebauungsplans „Mittelberg II – 1. Teilaufhebung“ beschlossen. Gegenstand des Verfahrens ist die teilweise Aufhebung des Bebauungsplans „Mittelberg II“ innerhalb des im Lageplan vom 14.07.2026 dargestellten Geltungsbereichs.

2. ZIELE UND ZWECKE DER PLANUNG

Mit der Teilaufhebung werden insbesondere folgende Ziele verfolgt:

- Anpassung der planungsrechtlichen Situation an die tatsächlichen örtlichen Verhältnisse,
- Aufhebung bislang nicht umgesetzter Festsetzungen einer öffentlichen Grünfläche beziehungsweise Parkanlage innerhalb des Geltungsbereichs,
- Erhalt des bestehenden Spielplatzes außerhalb der aufzuhebenden Fläche,
- Klärung der planungsrechtlichen Rahmenbedingungen für die weitere Prüfung einer möglichen Nutzung als Mobilfunkstandort,
- Verbesserung der Voraussetzungen für eine langfristig tragfähige Mobilfunkversorgung im Gemeindegebiet,
- Berücksichtigung der Belange von Natur und Landschaft, Artenschutz, Immissionsschutz, Denkmalschutz, Landschaftsbild und Nachbarschaft sowie
- Sicherstellung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung.

Mit der Teilaufhebung wird keine Mobilfunkanlage genehmigt und auch nicht abschließend über einen konkreten Standort entschieden. Die Zulässigkeit eines späteren Vorhabens ist in einem gesonderten Genehmigungsverfahren anhand der dann geltenden planungsrechtlichen und fachgesetzlichen Anforderungen zu prüfen.

3. VORAUSSICHTLICHE AUSWIRKUNGEN

Durch die Teilaufhebung können insbesondere folgende Belange berührt werden:

- Änderung des planungsrechtlichen Beurteilungsrahmens für die betroffenen Flächen,
- Natur und Landschaft sowie mögliche Betroffenheit geschützter Arten und Lebensstätten,
- Landschaftsbild und Sichtbeziehungen,
- Belange des Denkmalschutzes,
- Immissionsschutz und Auswirkungen auf benachbarte Wohnnutzungen,
- bestehende landwirtschaftliche Nutzung,
- Erschließung und technische Infrastruktur sowie
- Mobilfunkversorgung im Gemeindegebiet.

Zum Artenschutz liegt ein Kurzbericht zur Relevanzbegehung vom 29.07.2026 im Entwurf vor. Dieser liegt den Unterlagen bei. Die darin enthaltenen Erkenntnisse sowie die Stellungnahmen der zuständigen Fachbehörden werden im weiteren Verfahren berücksichtigt. Soweit erforderlich, werden ergänzende Untersuchungen durchgeführt.

Für die Belange des Umweltschutzes wird eine Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt. Die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen werden im weiteren Verfahren ermittelt, bewertet und im Umweltbericht gemäß § 2a BauGB dokumentiert.

Die Auswirkungen werden im weiteren Verfahren untersucht und bewertet. Für die Belange des Umweltschutzes wird eine Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt. Die Ergebnisse werden entsprechend dem jeweiligen Verfahrensstand in einem Umweltbericht dokumentiert.

4. TEILÄNDERUNG DES FLÄCHENNUTZUNGSPLANS IM PARALLELVERFAHREN

Der wirksame Flächennutzungsplan 2030 des Gemeindeverwaltungsverbands Gullen stellt den betroffenen Bereich nach den vorliegenden Unterlagen als Ausgleichsfläche dar. Diese Darstellung stimmt weder mit den Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplans noch in vollem Umfang mit der tatsächlichen Nutzung überein.

Soweit die beabsichtigte städtebauliche Entwicklung nicht aus den derzeitigen Darstellungen des Flächennutzungsplans entwickelt werden kann, wird der Flächennutzungsplan durch den Gemeindeverwaltungsverband Gullen im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 BauGB an die Planungsziele der Teilaufhebung angepasst. Die genaue Abgrenzung und künftige Darstellung werden im weiteren Verfahren unter Berücksichtigung der Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung und der Umweltprüfung konkretisiert.

<u>Erfordernis der Planung</u>

Durch die Änderung des Flächennutzungsplans sollen insbesondere folgende Ziele verfolgt werden:

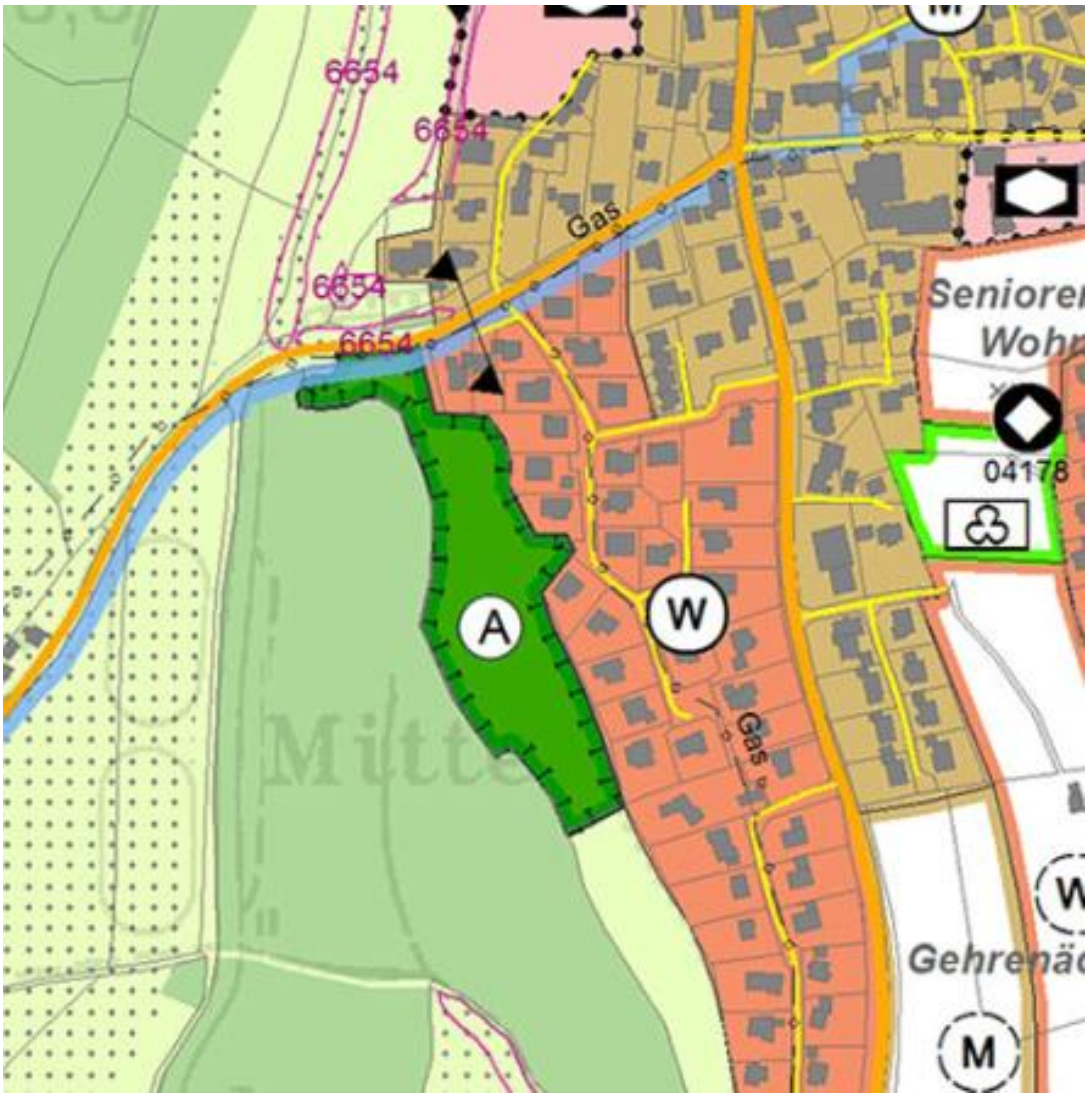
- Anpassung der Darstellungen des Flächennutzungsplans an die Ziele der Teilaufhebung
- Anpassung auf die aktuellen Gegebenheiten der im Flächennutzungsplan falsch dargestellten Ausgleichfläche
- Sicherstellung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung im Gemeindegebiet

Umweltbelange

Im Rahmen des Verfahrens zur Teilaufhebung des Bebauungsplans bzw. der Änderung des Flächennutzungsplans wird eine Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt.

Die Ergebnisse werden in einem Umweltbericht gemäß § 2a BauGB im Zuge der Entwurfsfassung dargestellt.

Eine Umweltverträglichkeitsprüfung im Sinne des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) ist nach derzeitigem Stand nicht erforderlich



Aktueller Stand Flächennutzungsplan